

Bezugspreis
In Halle 12 1/2 Mark, 1/2 Mark für den Vierteljahr.
In den übrigen Provinzen 1 Mark 1/2 für den Vierteljahr.
In den übrigen Provinzen 1 Mark 1/2 für den Vierteljahr.
In den übrigen Provinzen 1 Mark 1/2 für den Vierteljahr.

Abgabe
In Halle 12 1/2 Mark, 1/2 Mark für den Vierteljahr.
In den übrigen Provinzen 1 Mark 1/2 für den Vierteljahr.
In den übrigen Provinzen 1 Mark 1/2 für den Vierteljahr.

Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen und die angrenzenden Staaten.

№. 79. — Jg. 192. Halle a. S., Donnerstag 16. Februar 1899. Redaktion u. Expedition: Halle a. S., Schlegelstr. 27. Druckerei: Halle a. S., Schlegelstr. 27.

Deutsches Reich.

* Der erste Tag des Aufbruches des Kaiserpaars in dem Jagdschlösschen Sangerhausen war, wie von dort gemeldet wird, außerordentlich glänzend. Wenn auch die Kunst der Aufbruches, reinerischer Wetter erfolgte, so schien der Himmel es vorsehen und sichern sich zur Aufgabe gemacht zu haben, mit dem besten Gesicht auf die Besucher der Sangerhäuser Niederung zu blicken. Auch das Jagdgebiet vor dem Kaiser besonders hoch. Es wurden erlegt: ein Sechshendler, vier Birkhühner, ein Zwölfhender, ein Fehnhender und ein Schauer. Seine Wittig trifft der Geheimen Rabinerstrahl von Lützow zum Vortrag dort ein.

* Prinz Waldemar, der dritte Sohn des Kaiserpaars, wird während des kommenden Sommers an Bord des Rabelen-Schiffes „Charlotte“ den ersten Unterricht im Segeln erhalten. Das auf der Dampfschiff fähige Schiff wird gleich nach seiner Ende März erfolgreichen Rückkehr für die Aufnahme des Prinzen ausgearbeitet werden.

* Der Großherzog von Hessen und seine Gemahlin haben die Reise nach Ägypten aufgegeben und werden demnächst nach Darmstadt zurückkehren.

* Der Reichstag hat die Preussische Verfassung, die Mitglieder des deutschen Reichstages als Mitglieder, die in der nächsten Woche in Berlin versammelt sein werden, zu einem Abendessen am 20. d. Mts. bei sich zu laden.

* Der Oberpräsident von Schlesien-Görlitz v. Köller hat bei seinem Besuche der Stadt Anperode wiederum der Gegenwart vielfacher Eindrücke der Bürgerlichkeit, die ihm durch den Bürgermeister Richters ihren Dank für seine zum Schutze des Reichstages getroffenen Maßnahmen auszusprechen ließ. Herr von Köller versicherte in feiner Erwiderung aufs Neue, daß Fortschritt nach Möglichkeit vermieden werden sollten, doch wir uns aber nicht im eigenen Hause selbst behandeln lassen wollten. Wie man aus Hensburg weiß, findet dort am 23. d. Mts. zu Ehren des Oberpräsidenten von Köller ein Festessen statt, an welchem Männer aller Parteien teilnehmen werden.

* Die Witwensche Rede und die Amerikaner. Die „New-Yorker Tribune“ veröffentlicht zur Rede des Staatssekretärs v. Wilson einen sehr freundlichen Kommentar. Das Blatt bezeichnet die Ausführungen des Staatssekretärs als offen, wohlüberlegt und unmissverständlich. Besonders lobhafte Zustimmung findet die Erklärung der Rede, daß zwischen dem großen und mächtigen Völkern Freiheit und Wohlstand die beste Politik sei, das beste Ziel für mehr eingebürgert als wirkliche Bestimmungen seien. Es liegt nicht der geringste Grund vor, sagt die „Tribune“, weshalb zwischen Deutschland und Amerika nicht die besten Beziehungen herbeiführen sollten. — Die New-Yorker Sonntagblätter, voran der „Herald“, brachten die Rede des Staatssekretärs und die übrigen Verhandlungen in ausführlichem Wortlaut. Aus Washington wird telegraphiert: Alle höchsten Blätter berichten ausführlich über die Rede des Staatssekretärs v. Wilson. Der allgemeine Eindruck ist günstig, namentlich der militärische Teil der Rede bezeugt sympathischer Zustimmung. Daneben fehlt es nicht an Bemerkungen über untreue Artikel der als antiamerikanisch bekannten deutschen Blätter.

* Wie die „Nord. Allg. Ztg.“ erzählt, ist durch kaiserliche Order vom 27. Januar den Konstantin und Dragoman des Reiches an Stelle der bisherigen Uniform eine neue Dienstuniform mit dem Schilde der Uniform der übrigen Reichsbeamten verliehen worden. Auch in den genannten Beamten in den Tropen und anderen heißen Gegenden des Reiches einer besonderen, dem Klima angepassten Tropenuniform gestattet.

* Die Protokolle über die Verhandlungen der Kommission für Arbeiterstatistik bezüglich der Verhältnisse in Mühlentrieben sind nunmehr erschienen.

Danach hat die Kommission davon abgesehen, für Windmühlen die gesetzliche Regelung einer selbständigen Behörde zu empfehlen, weil hier die Möglichkeit der Durchführung zweifelhaft ist, außerdem die Kosten der ununterbrochenen Zug- und Nacharbeiten sehr hoch seien und der schon so schwere Streitgegenstand der kleinen Mühlen mit dem großen durch eine weitere Vergrößerung wesentlich erhöht würde. Diese Ausweichung soll aber nur denjenigen Windmühlen eingeräumt werden, die ausschließlich auf den Wind als Triebkraft angewiesen sind und Hilfsmotoren nicht verwenden. Für die übrigen Mühlen sind folgende Vorschriften vorgeschrieben. Jedem Arbeiter ist innerhalb 24 Stunden eine ununterbrochene Ruhezeit von 8 Stunden zu gewähren; doch sollen die Arbeiter an Sonntagen an denen ihnen der Betrieb gestattet ist, von der Einwirkung dieser Vorschriften insofern befreit sein, als dies zur Befriedigung des Geschäftswesens erforderlich ist. Junge Leute unter 16 Jahren sollen in den Getreidemühlen nur in der Zeit von 1/2 Uhr Morgens bis 1 1/2 Uhr Abends beschäftigt werden.

* Betreffs der Entlassung der Frauen aus ärztlichen Studien und Beruf sind jetzt rechtensmäßig neue Maßnahmen angedacht. Bisher ist es jedem einzelnen Universitätsrat vorbehalten, ob er zukünftige Frauen zu seinen Vorlesungen zulassen will oder nicht. Jetzt liegt es, wie der Staatssekretär v. Bismarck im Reichstag antwortete, in der Hand der Landesregierung, die künftigen Frauen auch zu den

ärztlichen Prüfungen zuzulassen, natürlich unter denselben Bedingungen, wie die männlichen Studierenden. Zu diesen Bedingungen gehört außer dem Nachweis der Maturitätsprüfung der Studienjahre über die Dauer des medizinischen Studiums und über den Besuch der vorgeschriebenen Vorlesungen und Kliniken, der durch die Universitätsstatuten eingelegt wird. Die Landesregierung beabsichtigt, die Sozialversicherungs der studierenden Frauen der Matrikel gleichzustellen. Gegen die Bundesregierung zu dieser Annahme ihre Einwilligung — und es ist, wie die „Allg. Ztg.“ über, dazu Aussicht vorhanden — dann werden die weiblichen Studierenden der Medizin auf Grund ihrer Sozialversicherungs zu den Prüfungen ebenso zugelassen werden, wie die männlichen, vorausgesetzt, daß sie die zur Zulassung gesetzlich vorgeschriebenen Bedingungen erfüllen. — Alle diese Bestimmungen treten am 1. d. Mts. in Kraft.

* Das Vereinsgesetz. Der im Abgeordnetenhaus eingegangene Gesetzentwurf wegen Aufhebung der Vereinsfreiheit der Firma Statistik und Veder in Königsberg i. Pr. enthält, wie schon kurz gemeldet, im Wesentlichen folgende Bestimmungen:

Die Staatsregierung wird ermächtigt, zum Aufhobe der Firma Statistik u. Veder oder dem Geh. Kommerzienrat Veder in Königsberg i. Pr. gehörigen Grundbesitz in den Kreisen Königsberg und Prenzlau in der Stadt Königsberg i. Pr. sowie des gesamten unter der genannten Firma in Deutschland betriebenen Geschäftsbetriebens eine Summe bis zu 9750 000 Mk. zu verwenden. Ferner wird der Finanzminister ermächtigt, zur Deckung dieser Kaufsumme Staatsanleihen zu emittieren und die nötigen Bestimmungen zu treffen. Mit der Ausführung des Gesetzes werden, soweit sie nicht dem Finanzminister allein übertragen ist, der Finanzminister, der Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten und der Minister für Handel und Gewerbe beauftragt.

Die Begründung der vorgeschlagenen Aufhebung ist in der als Anlage beigelegten Denkschrift gegeben. Die Bedingungen, unter denen der Verkauf erfolgen werden soll, ergeben sich aus dem bei der Denkschrift angehängten Verträge.

* Coloniale. Durch eine kaiserliche Verordnung vom 19. Januar wird der Gouverneur von Deutsch-Ostafrika beauftragt, bis auf Weiteres die in der Verordnung vom 9. Oktober 1898 der Verwaltungsbehörde zugewiesenen Geschäfte wahrzunehmen und über Befehle von der kaiserlichen Regierung zu entscheiden. — In den Monaten Juni, Juli, August u. S. ist eine eingehende Bereinigung des Muangabergs von Muang aus über Magalla, Mufu, Uthai und Uruu bis nach Uguia, und zwar bis nahe zum 1. Grad südlicher Breite, also bis an die englische Grenze, unter Führung des Hauptmanns S. Schloß ausgeführt worden. Die Expedition hat 81 Tage gedauert. Als Erfolge derselben werden bezeichnet:

1. Die Anlage eines Offizierspostens an der Schirah, durch welchen nördlich die deutsche Macht im Norden des Muangabergs bis zur englischen Grenze wirklich geltend gemacht wird.
2. Abschaffung der Bevölkerung der Station Muang und dem Schirahstamm gelegenen Länder und Gebirge des Reiches der Station in Uthai, so daß der Handel und Wandel am Ufer des Witto-Schloß abgebrochen ist.
3. Erweiterung der geographischen Kenntnis der berechneten Länder durch Nautenaufnahmen und astronomische Bestimmungen.

Das „Reichsblatt“ meldet: Nach amtlichen Berichten aus Kamerun ist Mitte Dezember vorigen Jahres die kaiserliche Schutztruppe unter Führung des Hauptmanns v. Kampp zur Bekämpfung des bekannten Hauptlings Etanvabere in der Richtung nach Yaunde aufgebrochen. — Die Sanga-Magalla-Expedition ist Ende Dezember in Anissho am Stammpool eingetroffen. Alle Dampfer bereitgestellt waren, sollte der Aufbruch zum Sanga Anfang Januar erfolgen. In Doma hat sich der Leutnant v. Kampp, der sich auf eigene Kosten nach Afrika begeben hat, der Expedition angeschlossen. — In Kamerun ist der Leutnant v. Ströher Ende Januar eingetroffen.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

20. Sitzung vom 15. Februar, 11 Uhr.

Am Ministertische: v. Miquel, v. D. Rede.
Die zweite Beratung des Staatshaushalts für 1899 wird fortgesetzt bei der Ausgaben für das Ministerium des Innern (Ministerpräsident).

Abg. Wacker (all.) berichtet sich über eine Verfügung in betreff der Camotte-Behälter im Regierungsbetriebe, die sich in der Praxis als unausführbar erwiesen habe. Vorher sollte man sich doch mit den Interessenten in Verbindung setzen.
Abg. Wacker (fr. Bp.): Ich frage den Minister, ob bei Erneuerung der Landgemeinde-Ordnung eine Statistik aufgemacht worden ist in Bezug auf die Gutbesitzer, die mit Landgemeinden vereinigt worden. Ich möchte den Minister auf eine antirechtliche Rede des Vorredners des Großen Publicus in M. Thiere aufmerksam, die dazu auffodert, endlich die deutsche Grundbesitzer, und nötigen Falls mit Grundbesitz, wenn auch Blut Riese, die Grundbesitzer der Statistik abjudizieren. Wenn ein Vorredner, der Recht und Gesetz schenken soll, Recht und Gesetz verbietet, wie könne man an Weisheit, an Sozialdemokratie zu irgendem Maß ansetzen, wenn sie sich in Verfügungen verzeihen.

Abg. Dr. v. Jazdzewski (Pol.) bedauert sich darüber, daß der polnische Abgeordnete in Polen verurteilt worden sei.
Abg. Wacker (fr. Bp.) kommt auf die Frage der konfessionellen Forderungen zu, die er für das Rheinland wünscht.
Abg. Wacker (fr. Bp.) bleibt auf der Journalistenkritik nicht unerwähnt, er scheint sich über den Historismus in den ländlichen Gegenden zu beschweren.

Abg. Wacker (fr. Bp.): Die bisherigen Beratungen über den Bau und die Errichtung einer vollständigen Alabaster nicht gefehlt. Der Antrag Wacker geht mittheils zu weit, theils nicht weit genug. Doch möchte ich ihn nicht ablehnen, da es mit seiner Tendenz einverstanden bin. Es kommt nicht darauf an, wie der Minister seinen Antrag aufstellt, sondern wie der antirechtliche Antrag ihn aufstellt. Bei der Beurteilung des Antrags kommt es auf die Zweckmäßigkeit der jetzigen Schenkungen an. Ob diese Wesen, die für den Krieg bestimmt sind, sich eignen für die Aufrechterhaltung der Ordnung in einer Stadt wie Berlin, ist mir mindestens zweifelhaft.

Abg. Wacker (L.): Ich möchte befehlen, daß in der Kommission noch irgend etwas Neues über die Sache vorgebracht werden konnte. Wir werden dagegen stimmen. Der Abg. J. Jazdzewski bedauert sich darüber, daß in den höheren Beamtentellen der Adel prävalire. Die Folgen möchte ich nicht anerkennen. In den ländlichen Gegenden, aus denen sich die Landarbeit rekrutieren, steigt der Adel vor. Wie lange ist es denn her, daß die Väter überhört Mitternachtsbescher werden dürfen? Darum ist es ganz natürlich, daß der Adel sich weniger der Jagd, als der allgemeinen Staatsverwaltung zuwendet. Unter Adel gehört meines Erachtens in die Arme und in die Beamtentellen. Es ist nicht richtig, daß die Söhne aller Beamten den Adel bilden. Der Adel ist nicht nur durch die Erben, wenn der Adel die Arme und Beamtentellen betrifft. Dagegen muß ich befehlen, daß der Adel bevorzugt wird. Der Beweis für eine solche Behauptung ist nicht angetreten worden. Es mögen die Bürgerliche zurückgewiesen werden sein, dann kann es sich über die Väter erweisen. Mit dem Aufstiegen des Abg. v. Jazdzewski über die praktische Ausbildung der höheren Beamten bin ich im Großen und Ganzen einverstanden. Mit den Sozialwissenschaftlern wird sich ein junger Mann auf der Universität kaum beschäftigen können; es fehlt ihm dazu das nötige Verhältniß (Zusammenhang).

Abg. Ding (L.) lenkt die Aufmerksamkeit des Hauses und des Ministerrats auf den in seinem Bericht über den Terrorismus der sozialdemokratischen Agitation gegen Arbeiterverhältnisse. Der Verband der Arbeiter über eine sehr wichtige Angelegenheit über die Arbeiter durch Zustimmungen und die auch über die Zahl der arbeitslosen Tage auszumachen. Die Arbeiter werden von ihren Vorgesetzten gefragt: Holt Du auch keine Waise? Die Antwort ist das Herangehen der Zustimmungen. Ich befrage einen Arbeiter darüber, der Organisation beizutreten, ich könnte ihm doch keine Arbeit geben; er sei mit Haut und Haaren der Organisation verfallen, denn er finde nirgends Arbeit. Wenn es nicht gelingt, diese Voraussetzungen gegenüber Abhilfe zu schaffen, und wenn wir die Arbeiter dagegen nicht schützen, so verlieren die Arbeiter alles Vertrauen. Wie soll man sie durch die Arbeiter unterstützen? Sagen Sie uns doch gegen die Streiks, gegen das Verbotshaus? Bestimmt denn nicht Verbotshaus in diese Voraussetzungen? Was soll er gesehen, wenn die Organisation auf die ländlichen Arbeiter übergriff? Wann haben wir bereits den sozialdemokratischen Staat und die Arbeiter auf den Weg gebracht? (Lauter Zustimmung). Der verheerende Einfluß der Verbände gegen immer weiter um sich. Wir müssen ihm auf geistlichem Wege gegenüberzutreten. (Geopfert Beifall).

Minister des Innern v. D. Rede: Wir können dem Vorredner nur dankbar sein, daß er hier auf diese und je nicht unbedeutende sozialdemokratische Gefahr hingewiesen hat. Die Polizei hat die erste Aufgabe, einzutreten, soweit ihre gesetzlichen Befugnisse reichen. Weiter reichen diese nicht mehr aus, und wir haben allen Anlaß, diese Bestimmungen zu ergänzen um Sühne der Arbeitswilligen. Das wird im anderen Parlament zu geschehen haben. Von anderer Seite hat man sich über gewisse polizeiliche Anordnungen in einzelnen Provinzen beklagt. Ich bin aber nicht für alle Polizeiverordnungen verantwortlich. So hätte z. B. die Bekämpfung der Verlegenheit beim Eintritte des Handelsministeriums vorgebracht werden müssen. Was die Einführung der Landgemeindeförderung betrifft, so ergibt sich daraus auf die neue Seite der fortgeschrittenen Statistik nicht.

Der Fall des Großen Publicus war mir nicht bekannt. Es wird mir gesagt, daß der Herr überhört nicht mehr Anstößiger ist. Ich werde aber der Sache überhört. Das Verbot des Verbotshauses ist durch den Polizeipräsidenten von Polen unter dem Namen des Großen Publicus, die die in dem Verbotshaus verboten. 1884 hatte einmal solches Verbot polnischer Verbotshaus Naturformier stattgefunden, auf dem das Gefühl der Massen zusammengebracht und der Solidarität für die Zukunft betont wurde. Diese Vorgänge lenken auf die Verpflichtung auf, diesen zu demontieren und die bestimmten Kongress im Interesse des Friedens zu verbieten. (Geopfert Beifall).

Abg. Wacker (kon.): Dem Arbeiterwilligen wird es immer mehr erspart, zu arbeiten; er darf nur arbeiten, wenn es die Organisation erlaubt. Hinter der Organisation steht die Sozialdemokratie. Man glaubt fast genug zu sein, um zum Kongress auf die Arbeitsetzungen übergehen zu können. Man antwortet leicht die einzelnen Differenzen mit einem Generalstreik. Arbeiter, die sich der sozialdemokratischen Organisation nicht beugen wollen, finden nirgends Beschäftigung, sie werden herabgedrückt auf den Arbeitsplätzen, ihre persönliche Sicherheit ist gefährdet, sie sind auf Waise.

